ohne Konvention: Die Diffamierung Deutschlands, die doppelte Moral mit verschiedenen Rechten für Sieger und Besiegte hat aufgehört für uns zu bestehen. Das ist der Welt klar und einfach gesagt worden.

Von dem dritten Dokument, der französischen Antwort an England, bleibt nach dieser Charakterisierung wenig übrig, was nicht schon bekannt wäre. Das starre Nein auf Edens letzte Vorschläge ist diplomatisch verhüllt worden in einer Serie von Bedingungen, von denen man in Paris weiß, daß sie in London bisher für unerfüllbar gehalten wurden. Deutlich ausgesprochen ist nur die Feststellung, daß Frankreich dem Abrüstungsgedanken selbst keine Opfer zu bringen geneigt ist. Für die Bereitschaft, unter Beibehaltung seines gegenwärtigen Rüstungsniveaus überhaupt ein Abkommen zu unterzeichnen, fordert Frankreich von England die im Unterhaus schon oft verweigerten zusätzlichen Sicherheitsgarantien und von Deutschland die ebenfalls wiederholt abgelehnten bekannten Verzichte in seiner Defensivbewaffnung, die den Begriff der Gleichberechtigung zu einer Farce machen würden.

Der gegenseitige Standpunkt stellt sich nach diesem Notenwechsel folgendermaßen dar: Deutschland will eine erträgliche Konvention, in der seine Lebensrechte gewahrt sind; England will lieber eine schlechte Konvention als gar keine; Frankreich zieht seine Rüstungs- und Handlungsfreiheit vorläufig jeder Konvention vor. Von dieser schwachen Grundlage aus müssen jetzt die Regierungen an den letzten Versuch zur Einigung herangehen.

Der Inhalt der deutschen Antwort an Frankreich

(Fortsetzung von Seite 1)

Was den Zeitpunkt der Ausstattung der künftigen deutschen Armee mit den notwendigen Verteidigungswaffen anlange, so habe die französische Regierung „keinerlei Grund angegeben, der es rechtfertigen könnte, diesen Zeitpunkt noch um Jahre hinauszuschieben, damit die Diskriminierung Deutschlands zu verlängern und der deutschen Armee während der Periode der Umwandlung der Reichswehr in ein Heer mit kurzer Dienstzeit die volle militärische Verwendungsfähigkeit vorzuenthalten".

Es wird dann auf den englischen und den italienischen Plan verwiesen. Diese Vorschläge dürften wesentlich zur Klärung der Lage beigetragen haben und seien deshalb von der deutschen Regierung begrüßt worden. „Sicherlich bleiben wichtige Punkte dieser Vorschläge noch zu erörtern. Die deutsche Regierung glaubt jedoch schon jetzt sagen zu können, daß sie geeignet sind, die Verständigung zwischen ihr und der französischen Regierung zu erleichtern und zu beschleunigen."

Man könne nur zwei Wege einschlagen:

Entweder eine Konvention mit etwa fünf Jahren Lebensdauer, die von einem Rüstungsstillstand ausgehe, oder eine langfristige Vereinbarung, die Abrüstungsmaßnahmen vorausset̂ze. „Die vertragliche Festsetzung des künftigen deutschen Rüstungsstandes würde in beiden Fällen im wesentlichen die gleiche sein müssen, da auch bei einer Regelung der zweiten Art nicht mit Abrüstungsmaßnahmen gerechnet werden kann, die für die Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung von Belang wären.

Daß für Deutschland unter keinen Umständen mehr ein Rüstungsstand, wie er im Versailler Vertrag festgelegt wurde, in Betracht kommen kann, ist eine von allen Seiten längst anerkannte Tatsache."

Das zeigten alle Pläne, auch die französischen selbst. Die deutsche Regierung habe sich in ihren Vorschlägen „eine so weitgehende Beschränkung auferlegt, daß sie bei dem Minimum dessen angelangt sei, was zur Anbahnung der Sicherheit und zur Verteidigungsmöglichkeit des Landes in diesem Zeitabschnitt erforderlich ist. Sie hat auf alle Angriffswaffen von vornherein verzichtet und hat stets erklärt, daß sie jede auch noch so weitgehende Rüstungsbeschränkung akzeptieren würde, wenn dies auch seitens der anderen Mächte geschieht. Sie hält auch sonst alle Voraussetzungen einer Verständigung für gegeben und ist der Ansicht, daß es nur noch auf den Entschluß zu dieser Verständigung ankommt."

Paris zur deutschen Antwort

Paris, 18. März. Der Quai d'Orsay hat Sonnabend abend der Presse den Wortlaut der letzten deutschen Note zur Abrüstungsfrage zugestellt. Der allgemeine Eindruck, den man in hiesigen diplomatischen Kreisen aus dieser Note gewonnen haben will, geht dahin, daß sie sich nicht wesentlich von der früheren Stellungnahme unterscheide, daß die Tür für die Fortsetzung von Verhandlungen nicht zugeschlagen werde, daß aber die Auffassungen sich noch nicht hinreichend genähert hätten, um eine Verständigung in nahe Sicht zu rücken. Besonders hervorgehoben wird, daß das deutsche Schriftstück über verschiedene Punkte hinweggehe, beispielsweise über die Frage, wie eigentlich die Kontrolle funktionieren solle. Auch hinsichtlich des Wiedereintritts Deutschlands in den Völkerbund werde eine aufschiebende Antwort erteilt.

Die französische Antwort an England

Neue Sicherheitsforderungen werden gestellt

Paris, 18. März. Die französische Antwort auf die englische Denkschrift in der Rüstungsfrage ist im Laufe des Sonnabendabend dem französischen Botschafter in London gedrahtet worden. Die französische Antwort umfaßt acht Schreibmaschinenseiten. Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas will

die Hauptgedanken

des in dieser Note zum Ausdruck gebrachten französischen Standpunktes kurz umreißen können. Die französische Regierung zolle dem von der englischen Regierung gesteckten Ziel, der Aufrechterhaltung des Friedens, Anerkennung. Sie erkenne auch an, daß die Aussöhnung unter den Völkern hierfür die unerläßliche Voraussetzung sei, betone jedoch, daß diese Aussöhnung nicht unter zweideutigen Umständen erfolgen könne. Frankreich habe bereits seit 1919 seine Truppenbestände um mehr als die Hälfte im Verhältnis zur Truppenstärke von 1914 herabgesetzt und seiner Militärorganisation einen ausgesprochenen Verteidigungscharakter gegeben. Somit habe Frankreich seinen Friedenswillen hinreichend bewiesen.

Wenn man Frankreich heute vorschlage, auf dem Abrüstungswege noch weiter zu gehen, lehne es das nicht grundsätzlich ab, vorausgesetzt, daß seine Sicherheit nicht gefährdet werde.

Deutschland fordere jetzt offiziell Kriegsmaterial und bewaffnete Streitkräfte im Widerspruch zu allen Grundsätzen, die bisher von der Abrüstungskonferenz in Ausführung des Versailler Vertrages angenommen worden seien. Das in Aussicht genommene Abkommen dürfe nicht die Abrüstung gewisser Nationen und die Erlaubnis der Aufrüstung für andere Staaten zum Gegenstand haben. Die Abrüstungskonferenz habe niemals ein derartiges Ziel gehabt.

Man müßte besonders wissen, wie die „halbmilitärischen deutschen Verbände" ihren gegenwärtigen Charakter verlieren und einzig und allein politische Vereinigungen werden könnten.

Frankreich trete dem englischen Vorschlag bei, das gesamte Militärflugwesen in der Welt zu beseitigen, jedoch dürfe man sich nicht verheimlichen, daß, wenn man eine Landaufrüstung gewisser Mächte erlaube, das unvermeidlich zu einer entsprechenden Flottenaufrüstung anderer Mächte führen werde, selbst wenn man die Regelung dieser besonderen Frage bis zur Flottenkonferenz im Jahre 1935 vertage.

Uebrigens liege die Lösung der Abrüstungsfrage vor allem in der Organisierung der Sicherheit.

Gewiß vergesse Frankreich nicht die Bürgschaften, die der Rheinpakt ihm gebe, insbesondere was England anlange. Aber das Locarno-Abkommen finde keine Anwendung auf andere Mächte. **Die europäische Zusammenarbeit müßte derart organisiert werden, daß sie jeden Verstoß gegen die Abrüstungsabkommen unterbinde und jeden Angriff verhindere. Der englische Vorschlag einer „Konsultation unter den Unterzeichnermächten des Abkommens" im Falle einer Verletzung sei ein interessanter Abschnitt auf diesem Wege, aber leider noch ungenügend hinsichtlich der Bestimmungen des Völkerbundsvertrages.**

Letzten Endes bleibe der Völkerbund der einzige Organismus, der die Aufgabe der Organisierung des Friedens übernehmen könne. Der Fortgang Deutschlands aus Genf könne wahrlich nicht neue deutsche Forderungen in der Rüstungsfrage rechtfertigen.

Wenn Deutschland dagegen seinen Platz in Genf wieder einnehmen würde, wo es stets auf dem Fuße völliger Gleichheit behandelt worden sei, würde es dadurch einen Beweis seiner bona fides erbringen, und die Aussprache über die Abrüstung könnte mit Erfolg fortgesetzt werden.

Zusammenfassend sei zu sagen, daß Frankreich nicht einen Entwurf annehmen könne, der „die unter Verletzung des Versailler Vertrages und in nicht kontrollierbarem Umfange vorgenommene Aufrüstung Deutschlands" legalisiere und außerdem zur Folge haben würde, die Rüstungen Frankreichs unter Bedingungen zu beschränken, die seine Sicherheit nicht mehr verbürgten.

Reichswehrminister von Blomberg an den Reichstreubund

Berlin, 18. März. Auf der Fahnenweihe des „Reichstreubundes ehemaliger Berufssoldaten" im Berliner Sportpalast hielt Reichswehrminister v. Blomberg am Sonntag eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Ein Jahr ist seit dem Tage von Potsdam verflossen, ein Jahr gewaltigen Geschehens in unserem deutschen Vaterland. Die Einheit des Willens, die wir so schmerzlich vermißt und so lange ersehnt haben, sie ist unserem Volke endlich gegeben.

Auch für uns Soldaten im feldgrauen Rock und im Bürgerkleide, als die ich Sie, meine Kameraden vom Reichstreubund, begrüßen darf, galt es im verflossenen Jahr, die Kräfte zusammenzufügen, denen gleiches Wollen und gleiches Streben innewohnt.

Kameradschaftspflege und Fürsorge, das ist der Grundgedanke. Nicht der eigenen Person, sondern dem Volksgenossen und Volksganzen gilt Ihre Arbeit, gilt die Arbeit des Reichstreubundes!

Zum ersten Male tritt der Reichstreubund heute vor die Oeffentlichkeit. Von nah und fern, aus allen Gauen sind Sie herbeigeeilt, um die Fahnen des Bundes zu weihen. Die Farben des Deutschen Reiches haben Sie in diesen Fahnen vereint mit dem Zeichen der nationalen Erhebung. Dies zeigt, in welcher Richtung der Bund marschiert und welcher Geist ihm innewohnt. Der Geist, der vor einem Jahre in Potsdam einen Schlußstrich zog unter alles, was undeutsch war, der seine beste Verkörperung findet in zwei Gestalten: der ehrfurchtgebietenden unseres Herrn Reichspräsidenten, Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, und der unseres Volkskanzlers und Führers Adolf Hitler. Der Geist, der an uns Deutsche nur eine, aber so hohe Forderung stellt: Die ganze Kraft, das ganze Können, den ganzen Mann für eins einzusetzen: für Deutschland!

Erfüllen Sie, Kameraden vom Reichstreubund, diese Forderung im Sinne echten Soldatentums: in wahrhafter Kameradschaft, in treuester Pflichterfüllung, in höchster Opferbereitschaft. Solches Handeln und solches Streben ist auch zugleich der Inhalt besten deutschen Beamtentums.

In diesem Sinne übergebe ich Ihnen die Fahnen des Reichstreubundes in Ihre Obhut. Mögen sie dem Bunde stets voranwehen zur Ehre deutschen Soldatentums!

Die römischen Vereinbarungen

Ein politischer Konsultativpakt und Abreden über wirtschaftliche Zusammenarbeit

Rom, 18. März. Die Zahl der am Sonnabend im Palazzo Venezia von Mussolini, Gömbös und Dollfuß unterzeichneten Protokolle beträgt drei.

Das erste Protokoll ist politischen Charakters

und erklärt, daß die drei Regierungschefs, in der Absicht, den Frieden in Europa aufrechtzuerhalten und die Wirtschaft wieder aufzubauen, auf der Grundlage der Beachtung der Unabhängigkeit und der Rechte jedes Staates, sich verpflichten, sich über alle Fragen zu einigen, die sie besonders interessieren und über die allgemeinen Fragen im Geiste der bestehenden Freundschaftsverträge eine einheitliche Politik der wirksamen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten, besonders aber zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn zu finden. Sie sind überzeugt, daß auf diese Art die tatsächlichen Grundlagen für eine weitgehende Zusammenarbeit mit den anderen Staaten gelegt werden könnten.

Die weiteren beiden Protokolle betreffen den Aufbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn

auf der Grundlage der Konferenz von Stresa und den im italienischen Donau-Memorandum festgelegten Richtlinien. Der Inhalt ist kurz folgender:

1. Erweiterung der zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn bestehenden zweiseitigen Handelsverträge, um den gegenseitigen Export zu fördern;
2. Einräumung von Präferenzzöllen für österreichische Industrieprodukte sowie Abschluß von Abkommen zwischen der österreichischen und der italienischen Industrie;
3. Maßnahmen zur Ueberwindung der Schwierigkeiten, die Ungarn aus dem tiefen Getreidepreis erwachsen;
4. Förderung des Durchgangsverkehrs in den Adriahäfen.

Die Sachverständigen sollen die Arbeiten fortsetzen, um zu den in den Protokollen festgesetzten Abkommen zu gelangen. Sie kommen am 5. April wieder in Rom zusammen. Die neuen Abkommen sollen bis zum 15. Mai fertiggestellt werden.

•

Das politische der drei Protokolle hat folgenden Wortlaut:

Der Chef der italienischen Regierung, der österreichische Bundeskanzler, der ungarische Ministerpräsident, beseelt von der Absicht, zur Aufrechterhaltung des Friedens und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau in Europa auf der Grundlage der Achtung der Unabhängigkeit und der Rechte jedes Staates beizutragen, und überzeugt, daß die Zusammenarbeit zwischen den drei Regierungen die tatsächlichen Voraussetzungen für eine breitere Zusammenarbeit mit den anderen Staaten schaffen kann,

verpflichten sich, folgende Ziele zu verfolgen:

Sie wollen sich über alle Probleme, die sie besonders interessieren, und auch über die Fragen allgemeiner Ordnung besprechen, um im Geiste der bestehenden zweiseitigen Freundschaftsverträge, die sich auf die Anerkennung zahlreicher gemeinsamer Interessen gründen, eine gemeinsame Politik zu führen, die darauf gerichtet ist, die tatsächliche Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten, und besonders zwischen Italien, Ungarn und Oesterreich, zu fördern. **Zu diesem Zwecke werden die drei Regierungen jedesmal zu gemeinsamen Beratungen (Konsultationen) schreiten, wenn wenigstens einer von ihnen das für nötig hält.**

Dollfuß und Gömbös abgereist

Rom, 18. März. Dollfuß und Gömbös haben am Sonnabend um 21 Uhr 20 Min. Rom mit dem Sonderzuge Mussolinis verlassen.

Ehrung für die Kämpfer gegen Spartakus

Gedenkfeier am Essener Wasserturm

Berlin, 18. März. Am Sonntag fand am Wasserturm in Essen eine Gedenkfeier für die Opfer des Spartakistenaufstandes statt, bei der Ministerpräsident Göring die Gedenkrede hielt. Im Essener Wasserturm war 1920 eine größere Anzahl von Schutzpolizisten von Spartakisten eingeschlossen und belagert worden. In Verhandlungen sicherten die Spartakisten, die die Uebermacht hatten, den Beamten freien Abzug zu.

Als diese jedoch daraufhin waffenlos ins Freie traten, wurden sie von den Kommunisten in viehischer Weise ermordet.

Es folgten weitere kommunistische Bluttaten, und in einem regelrechten Feldzug mußte der rote Aufstand im Ruhrgebiet niedergerungen werden.

Stabschef Röhm an die SA.

Zur Begrüßung des Stabschefs Röhm waren am Sonnabend auf dem Gelände des Flughafens Essen-Mülheim 60 000 Mann der SA. und SS. des Ruhrgebiets und vom Niederrhein aufmarschiert. Der Stabschef ritt die Front der Stürme ab und hielt sodann eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Ich kann dem Führer melden, daß immer und zu jeder Zeit Adolf Hitler sich auf seine treuen Kämpfer verlassen kann.

Nicht alle, meine Kameraden, lieben uns, weil wir unter allen Umständen festhalten an dem Geist, an dem Willen und an den Zielen, die uns einst in Deutschlands Not zusammengeführt haben, an dem Geist eiserner Manneszucht und Unbestechlichkeit, der Bescheidenheit und des Stolzes, an dem Geist der Leistung und, was wohl das Wichtigste ist, an dem Geist der Kameradschaft und Volksverbundenheit. Aus dem Volke sind wir gekommen, und wir bleiben immer im Volke stehen.

Wir wollen immer des Volkes treueste Hüter sein.

Am Sonntag um 8 Uhr wurde Ministerpräsident und Reichsluftfahrtminister Göring am Essener Hauptbahnhof empfangen. Ministerpräsident Göring und Stabschef Röhm fuhren sodann mit ihrer Begleitung durch die Reihen der Organisationen und der Bevölkerung zum Ehrenfriedhof am südwestlichen Rande der Stadt. Schutzpolizei und SA. bildeten Spalier. Am Grabmal der im Kampf um das Dritte Reich durch Mörderhand gefallenen Essener SA.- und SS.-Männer legten Stabschef Röhm und Ministerpräsident Göring Kränze nieder, ebenso am Ehrenmal der Männer, die in dem Kampf gegen die spartakistischen Horden ihr Leben ließen.

Während Stabschef Röhm dann auf dem Friedhof in Essen-Kray in feierlicher Handlung das Ehrenmal für den SA.-Mann Fritz Felgendreher enthüllte, fand am Wasserturm in Essen die Gedenkfeier für die bei den Kämpfen gegen die Spartakisten in den Jahren 1920 bis 1923 gefallenen Angehörigen der Polizei und der Einwohnerwehr statt.

Ministerpräsident Göring

erinnerte in seiner Ansprache an den grauenvollen Tag, an dem vor 14 Jahren am Wasserturm in Essen eine Tragödie sich abspielte, wie wir sie damals noch mehrfach erleben konnten. Hier an dieser Stelle, so führte er aus, bäumte sich das Verbrechertum auf gegen Pflichterfüllung, gegen Mannesmut. Denkt zurück an die grauenvolle Zeit, da deutsche Menschen, aufgepeitscht und aufgehetzt durch artfremde Verführer, aufstanden waren gegen ihre eigenen Brüder, um sie abzuschlachten gleich Tieren. Und das nannten sie die Vollendung ihrer Weltanschauung.

Uns aber zeigte es, daß die Weltanschauung des Kommunismus Mord ist, daß die Anarchie Vernichtung und Untergang ist.

Wir haben den kommunistischen Feind in zehn Jahren schwersten Kampfes niedergerungen, aber glaubt nicht, daß er völlig vernichtet ist. Aber wir sind uns darüber klar: Nicht nur die Faust, nicht nur die Gewalt vermag den Kommunismus niederzudrücken, etwas Stärkeres muß kommen, etwas Höheres, das Vertrauen des Volkes muß Garant sein gegen die Wiederkehr dieser Gefahr. Und so wollen wir alles tun, um das Vertrauen des Volkes zu stärken und zu fördern, und wir wollen alles tun, um so zu leben, daß jene Unterwelt keine Möglichkeit hat, im erbärmlichen Widerstand gegen Deutschland deutsche Brüder nach einer falschen Richtung einzusetzen.